



Bundesamt für  
kerntechnische  
Entsorgungssicherheit

**EINGANG KON**

- 4. Juni 2019

Bearb.: ..... [redacted] .....

UVST: **SE 2**

<input checked="" type="checkbox"/> T-K	<input type="checkbox"/> T-KT	<input type="checkbox"/> T-KV
<input checked="" type="checkbox"/> T-KP	<input type="checkbox"/> T-KE	<input type="checkbox"/> TKQ
<input type="checkbox"/> T-BK	<input checked="" type="checkbox"/> T-KG	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> T-K1	<input type="checkbox"/> T-KI	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> T-K2	<input type="checkbox"/> T-KM	<input type="checkbox"/>

Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH  
Eschenstraße 55

31224 Peine

Ihre Nachricht: SE 2 - 9KE 2211/ÄA0112#0002

Mein Zeichen: 9K 9160/2 - 112

Datum: 29.05.2019

**- BGE -**

Tgb.-Nr.: **538**      Telefax:

**04. Juni 2019**

Original: **7-4**      WV:

Kopien: **7-4**      Ablage:

TEL +49 030 18767676- [redacted]  
FAX +49 030 18333- [redacted]  
[redacted]@bfe.bund.de  
info@bfe.de-mail.de  
www.bfe.bund.de

**Errichtung Endlager Konrad**  
Änderungsvorgang 112 – Plateauwagen

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag vom 20.03.2019 erteile ich folgenden Bescheid:

**I. Entscheidung**

- Hiermit erteile ich die Zustimmung zum Vorgehen gemäß Änderungsvorgang Nr. 112 – Änderungen am Plateauwagen, Veränderungsantrag (BGE-KZL 9KE/2211/DA/TV/0072/00) vom 27.07.2018.
- Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Dieser Entscheidung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

- Veränderungsantrag der Bundesgesellschaft für Endlagerung vom 20.03.2019 „Endlager Konrad, Änderungsvorgang Nr. 112 – Änderungen am Plateauwagen, Veränderungsantrag (SE 2 – 9KE 2211/ÄA0112#0002), eingegangen beim BfE am 27.03.2019
- Änderungsvorgang Nr. 112 – Zustimmungsverfahren Änderungen am Plateauwagen Technische Beschreibung mit verfahrensrechtlicher Bewertung (BGE-KZL 9KE/2211/DA/TV/0072/00) vom 27.07.2018
- Planfeststellungsbeschluss für die Errichtung und den Betrieb des Bergwerkes Konrad in Salzgitter als Anlage für Endlagerung fester oder verfestigter radioaktiver Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung vom 22.Mai 2002

Projekt	PSP-Element	Obj. Kenn.	Funktion	Komp.	Baugr.	Aufgabe	UA	Lfd. Nr.	Rev.
NAAN	NNNNNNNNNN	NNNNNN	NNAAANN	AAANNNA	AAANN	XAAAX	AA	NNNN	NN
9KE	22110		EBANO AG			DA		EV000100	



11867943

734016-



Postadresse: Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, 11513 Berlin

Zustell- und Lieferadresse: Stresemannstraße 128-130, 10117 Berlin; Besucheradresse: Krausenstraße 17-18, 10117 Berlin

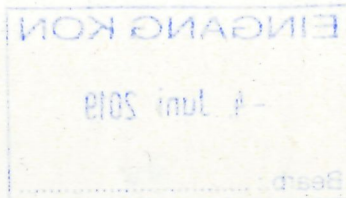
Dienstszitz Salzgitter: Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter



Bundesamt für  
kerntechnische  
Entsorgungssicherheit

TAVU	
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>

- 2 -



- [4] EU 208 „Systembeschreibung Einlagerungssystem“ vom 20.02.1997
- [5] EU 324 „Auslegungsanforderungen an die baulichen und maschinen-technischen Anlagen einschließlich Lüftung und Bewetterung sowie an die Handhabungs- und Transportmittel im Endlager Konrad aus den Ergebnissen der Störfallanalysen (ET-IB-3-REV-3)“ vom 24.02.1997
- [6] TÜV NORD EnSys GmbH & Co. KG „Errichtung Endlager Konrad; Änderungsvorgang Nr. 112; Plateauwagen – Technische Beschreibung mit verfahrensrechtlicher Bewertung vom 09.04.2019, eingegangen beim BfE am 16.04.2019
- [7] DIN 17600-1 „Nichteisenmetalle; Begriffe; Grundbegriffe für Werkstoffe“ von 07.1987
- [8] EN 10027 „Bezeichnungssysteme für Stähle - Teil 1: Kurznamen“ von 01.2017

## II. Hinweise

Keine

## III. Auflagen

1. Bei Verwendung von austenitischem Gusseisen (Werkstoffnummer 5.3502) anstelle von nichtrostendem Stahl für die Herstellung des Muldenaufsatzes ist im Rahmen der fertigungsbegleitenden Kontrollen die Dekontaminierbarkeit der Oberflächen nachzuweisen.

## IV. Sachverhalt

Mit der Vorlage des Antrages vom 20.03.2019 [1] beantragte die BGE bei der atomrechtlichen Aufsicht abweichend vom Planfeststellungsbeschluss folgende Änderungen am Plateauwagen:

- 1) Die Hauptbaugruppen sollen in drei anstatt der vier festgelegten Hauptgruppen unterteilt werden.
- 2) Der Muldenaufsatz soll anstelle aus nichtrostendem Stahl nunmehr aus austenitischem Gusseisen hergestellt werden.





- 3) Die Werkstoffbezeichnung der Läufräder soll sich von „C 67 V“ in „C67+QT“ ändern.
- 4) In Bezug auf die Höhe des Stegbleches soll aufgrund unterschiedlicher Angaben in Genehmigungsunterlagen eine Klarstellung erfolgen.

## V. **Begründung**

Mit Schreiben vom 20.03.2019 [1] hat die BGE einen Antrag auf Zustimmung zu Änderungen am Plateauwagen an das BfE gestellt. Der Plateauwagen soll abweichend von den Vorgaben des PFB Konrad ausgeführt werden.

Unwesentliche Veränderungen des Plateauwagens, der nach EU 344-Nachfolge in den QS-Bereich 3.1 eingestuft ist, bedürfen gemäß der NB A.4-23 der Zustimmung durch die atomrechtliche Aufsicht. Eine unwesentliche Veränderung liegt bei einer Abweichung vom planfestgestellten Zustand des Endlagers vor, wenn diese aus Sicht eines Sachkundigen offensichtlich nur unerhebliche Auswirkungen auf das Sicherheitsniveau der Anlage haben kann, also die Genehmigungsfrage nicht erneut aufwirft.

Die geplanten Veränderungen des Plateauwagens sind in Kapitel IV der Technischen Beschreibung [2] aufgeführt.

Maßstab der Prüfung durch die atomrechtliche Aufsicht ist der Planfeststellungsbeschluss [3] samt den zugehörigen Erläuternden Unterlagen EU 208 [4] und EU 324 [5] und dem einschlägigen Technischen Regelwerk [7, 8].

Die in der Technischen Beschreibung dargestellten Änderungen [2] wurden unter Hinzuziehung des TÜV NORD EnSys GmbH & Co. KG als Sachverständiger der atomrechtlichen Aufsicht fachlich geprüft. Eine Kopie seiner Stellungnahme [6] ist diesem Bescheid beigefügt.

Die Prüfung der beantragten Änderungen führte unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Sachverständigen [6] zu folgenden Ergebnissen:

Zu 1) Bei der Neueinteilung der Hauptgruppen handelt es sich um eine Änderung lediglich redaktioneller Art. Drei der ursprünglich vier Hauptgruppen werden zusammengefasst bzw. in eine neue Hauptgruppe überführt. Die drei neuen Hauptgruppen erfassen inhaltlich vollständig den Umfang der ursprünglichen vier Hauptgruppen. Somit stellt die geänderte Benennung der Hauptgruppen keine technische Änderung dar. Eine fachliche Bewertung ist insoweit nicht erforderlich.



Zu 2) Als Werkstoff für den Muldenaufsatz soll anstelle eines nichtrostenden Stahls nunmehr ein austenitisches Gusseisen verwendet werden. Sofern im Rahmen der fertigungsbegleitenden Kontrollen die Dekontaminierbarkeit der Oberflächen nachgewiesen wird, ist gegen die Verwendung des austenitischen Gusseisens mit der Werkstoffnummer 5.3502 für die Fertigung der Muldenaufsätze nichts einzuwenden. Die Änderung hat keine erkennbaren Auswirkungen auf das Sicherheitsniveau der Plateauwagen.

Zu 3) Die Werkstoffbezeichnung für den Werkstoff der Laufräder soll nunmehr „C67 +QT“ anstelle von „C 67 V“ lauten.

Nach EU 208 ist für die Laufräder des Plateauwagens die Verwendung des Werkstoffs C 67 V festgelegt. Gemäß DIN 17600-1 [7] bezeichnet „C 67“ den Grundwerkstoff „Vergütungsstahl/Federstahl“ (Werkstoff-Nr.: 1.0603) und „V“ den Lieferzustand „Vergütet“. Die DIN 17600-1 [7] wurde durch die aktuell gültige Norm EN 10027 [8] ersetzt. Nach aktuellem Regelwerk ist die Verwendung des Zusatzes „V“ entfallen und wurde durch den Zusatz „+QT“ ersetzt. Da beide Bezeichnungen den Lieferzustand „Vergütet“ charakterisieren, findet hier lediglich eine Änderung der Bezeichnung statt. Die Änderung der Bezeichnung stellt keine technische Änderung dar. Eine fachliche Bewertung ist insoweit nicht erforderlich.

Zu 4) Die EU 208 gibt die „Bodenfreiheit der Spur“ mit ungefähren Werten von ca. 0,09 m unbeladen und ca. 0,07 m beladen an.

Der Änderungsvorgang Nr. 112 präzisiert diese Angaben mit 0,09 m unbeladen und 0,075 m beladen. Die geplante Ausführung liegt im Rahmen des genehmigten Handlungsspielraums. Es liegt insoweit keine Veränderung vor. Es handelt sich lediglich um eine Präzisierung der Bodenfreiheit. Eine fachliche Bewertung ist insoweit nicht erforderlich.

Nach eingehender Prüfung der textlichen Präzisierungen sowie den zur Genehmigungslage geplanten Änderungen lassen diese keine Auswirkungen auf das Sicherheitsniveau des Endlagers Schacht Konrad erkennen. Die beantragten Veränderungen sind somit unwesentlich und zustimmungsfähig.

Dem Antrag wird daher unter einer Auflage zugestimmt.

## **VI. Kosten**

Die Kosten werden gem. § 21 Abs. 1 Nr. 5, Abs. 3 AtG i. V. m. §§ 1 und 5 Abs. 1 Nrn. 2 und 7 AtKostV erhoben. Hierzu ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.



## **VII. Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, Krausenstraße 17-18, 10117 Berlin oder am zweiten Dienstsitz, Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



### Anlagen:

- Änderungsvorgang Nr. 112 – Zustimmungsverfahren  
Änderungen am Plateauwagen  
Technische Beschreibung mit verfahrensrechtlicher Bewertung  
(BGE-KZL 9KE/2211/DA/TV/0072/00) vom 27.07.2018
  
- TÜV NORD EnSys GmbH & Co. KG „Errichtung Endlager Konrad; Änderungsvorgang Nr. 112; Plateauwagen – Technische Beschreibung mit verfahrensrechtlicher Bewertung vom 09.04.2019